

stünden die jüdischen Zigaretten, die jüdische Schokolade den arabischen oder ägyptischen Zigaretten, der importierten Schokolade qualitativ um vieles nach.

Auf letzten Einwand antworten die industriellen Kreise, daß sie hochwertiges Material nur bei einem entsprechend großen Markt erzeugen können. An der minderen Qualität sei nicht die Fabrik schuld, sondern das Publikum, das, statt dem kapital-schwachen Fabrikanten zu helfen, statt ihm durch Vergrößerung des Absatzes zur Anschaffung neuer Maschinen und so zur Verbesserung der Qualität zu verhelfen, sein Geld lieber ins Ausland schicke. Das Publikum aber sagt dem Fabrikanten, es werde seine Ware kaufen, wenn sie gut sei. Und dieser Ansicht hat vor einigen Tagen auch der neue Inhaber der „Raanan“-Schokoladenfabrik Recht gegeben, als er durch die Zeitung veräußert ließ: „Kauft meine Ware nur, wenn sie qualitativ und im Preise mit der importierten konkurrieren kann.“

Wie liegen nun faktisch die Verhältnisse? Wonach soll sich der national denkende Konsument richten? Soll er seiner Gesinnung wegen minderwertige Ware für dasselbe Geld kaufen, für das er bessere erhalten könnte? Hieße das nicht auch ökonomisch falsch handeln, wenn man eine gesunde Konkurrenz, die zur Verbesserung und Verbilligung führt, ausschaltet, wenn man sich aus politischen Erwägungen dem vielleicht diese Parole ausnutzenden Fabrikanten ausliefert?

Aus diesem Für und Wider, aus diesen Zirkelschlüssen gibt es nur einen Ausweg: Beurteilung aller Fragen unter dem Gesichtspunkt des größten nationalen Interesses.

Das nationale Interesse steht heute auf Seiten des jüdischen Unternehmers. Es muß über die Wichtigkeit, die der Industrie für Palästina zukommt, kein Wort verloren werden. Und deshalb kann allen Einwänden nur bedingte Richtigkeit zuerkannt werden. So vor allem dem Einwand mit den Arabern. Es ist einhalb Jahre her, daß Arlosoroff in einem ausgezeichneten Artikel in der „Jüdischen Rundschau“ in Berlin an dem Beispiel Tel Avivs gezeigt hat, wie der Wohlstand der arabischen Siedlungen durch diesen Markt gestiegen ist. Wir sehen heute, daß eine Industrie, die in Rußland größtenteils in jüdischen Händen ist, die Zigarettenindustrie, aber fast ganz arabisch ist. Vierzehn arabischen steht eine jüdische Fabrik gegenüber. (Eine zweite ist kaum nennenswert.) Eine arabische Zündholzfabrik ist in Jaffa entstanden. (Sie arbeitet übrigens mit Mitteln, die in allen Kulturstaaten als unlauterer Wettbewerb, bzw. als Verletzung des Markenschutzes bestraft würden.) Und wie berichtet wird, sollen bereits junge Araber als Volontäre nach Chemnitz gehen. Es genügt nun vollends, wenn der Jude vom Araber Boden und Bodenprodukte kauft und auf lange Sicht kaufen wird. Es ist nationale Pflicht, zu sorgen, daß darüber hinaus das Geld im eigenen Wirtschaftskreis verbleibt und womöglich auf manchem Wege wieder ein Teil des hinausgegangenen Geldes zurückfließt. Selbst die weitherzigste Wirtschaftspolitik kann ohne schwere Schädigung der eigenen Wirtschaft kein anderes Programm aufstellen. Ähnliches gilt natürlich vom Bezug ausländischer Waren.

Anders steht es mit dem Problem der Qualität. Durch den Umstand, daß die meisten Industriellen hier mit Kapitalmangel zu kämpfen haben, daß noch immer die Industriebank fehlt, sind sie oft tatsächlich erst dann in der Lage, qualitativ entsprechendes zu produzieren, wenn ihnen der Umsatz die Anschaffung von Spezialmaschinen usw. ermöglicht. Andererseits liegt auch in der Antwort des Konsumenten große Berechtigung. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, wäre die Bildung einer gemeinsamen Kommission von Vertretern der Produzenten und Konsumenten wünschenswert, die die Berechtigung der vom Industriellen vorgebrachten Erklärung ständig zu prüfen hätte und durch entsprechende Publikationen das jeweils zu Recht bestehende nationale Interesse unterstützen müßte. Durch Referenden der Konsumenten könnte andererseits der Industrielle die Wünsche des Publikums kennenlernen. Diese Aufgaben müßten von autoritativer Stelle durchgeführt werden. In erster Linie wird das mit der Sorge für die städtische Kolonisation betraute Mitglied der Exekutive hier die Initiative zu ergreifen haben. Es wird eine öffentliche Meinung durch entsprechende Propaganda zu erziehen sein. Den Rückhalt in dieser Hinsicht muß die Gruppe der Bevölkerung bilden, von der der nationale Gedanke am stärksten repräsentiert wird: die Lehrer- und Beamenschaft. Es wird bei uns wohl kaum nötig sein, diese Gruppe mit der Drohung der Disziplinierung zur Förderung der nationalen Produktion zu veranlassen, wie es in Italien geschieht. Von den Schulen aus wird die Propaganda weiter zu tragen sein in die Familie. Kinder sind eine ganz ausgezeichnete Propaganda-Organisation, und zusammen mit der Presse dürfte eine solche Aktion bald zum Ziele führen.

Gründung des Deutschen Komitees pro Palästina zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung

Am 15. Dezember nachmittags wurde im Hotel „Der Kaiserhof“ zu Berlin die konstituierende Versammlung des Deutschen Komitees Pro-Palästina abgehalten. Dem Komitee gehören führende Politiker aller Parteien und hervorragende Vertreter des deutschen Geisteslebens an. Ihren Beitritt zum Komitee haben bisher u. a. vollzogen: der preußische Ministerpräsident Otto Braun, der preußische Kultusminister Prof. Dr. Becker, der Präsident des Reichstags Paul Loebe, Botschafter z. D. Graf Bernstorff, M. d. R., Rabbiner Dr. Baeck, Geh. Konsistorialrat Prof. D. Dr. Sellin, Oskar Wassermann, Direktor der Deutschen Bank, Präsident des Keren Hajessod (Jüdisches Palästina-Werk) E. V., der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Puender, Staatssekretär Dr. v. Schubert (Auswärtiges Amt), Staatssekretär Dr. Weißmann, Reichsminister a. D. Dr. Bernburg, M. d. R., Freiherr v. Richthofen, Ministerialdirekt im Auswärtigen Amt, Prof. Dr. Albert Einstein, Thomas Mann, der Preußische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Ministerialdirektor Dr. Badt, der Hessische Bevollmächtigte zum Reichsrat Ministerialrat Dr. Edward, Frau Katharina v. Oheimb, Gouverneur



a. D. Freiherr v. Rechenberg, Geh. Justizrat Prof. D. Dr. Kahl, M. d. R., Domkapitular Prälat Prof. Dr. Kaas, M. d. R., der Vorsitzende der Zionistischen Vereinigung für Deutschland Kurt Blumenfeld, Generalkonsul Eugen Landau, Prof. D. Dr. H. Grebmann, Reichskanzler a. D. Hermann Müller, M. d. R., Geh. Legationsrat Dr. R. Kuenzer, Hauptschriftleiter der „Germania“ Georg Bernhard, Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ Dr. Felix Pinner, Handelsredakteur des „Berliner Tageblattes“ Geh. Regierungsrat Prof. Dr. W. Sombart, Dr. v. Kardorff, M. d. R., Kommerzienrat Konsul Dr. W. Sobernheim, Dr. R. Breitscheid, M. d. R., Eduard Bernstein, M. d. R., Prof. Dr. O. Hoetzsch, M. d. R., Geh.-Konsistorialrat Prof. D. Dr. Karl Budde, Geh. Justizrat Dr. h. c. A. Heilberg, Prof. Dr. Franz Oppenheimer, Geh. Regierungsrat Dr. H. Simons, Direktor der Deutschen Hochschule für Politik Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim, Prof. D. Dr. J. V. Bredt, M. d. R., Prof. Dr. Walter Schücking, M. d. R.

In der über die Gründung herausgegebenen Mitteilung heißt es:

„Das Komitee wird in der Ueberzeugung, daß der Aufbau der im Palästina-Vertrag vorgesehenen Heimstätte für das Jüdische Volk als ein Werk menschlicher Wohlfahrt und Gesittung Anspruch auf die deutschen Sympathien und die tätige Anteilnahme der deutschen Juden hat, bemüht sein, die deutsche Öffentlichkeit über das jüdische Kolonisationswerk in Palästina aufzuklären, die Beziehungen zwischen Deutschland und Palästina zu pflegen und allgemein die Erkenntnis zu verbreiten, daß das jüdische Aufbauwerk in Palästina ein hervorragendes Mittel für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Orients, für die Ausbreitung deutscher Wirtschaftsbeziehungen und für die Versöhnung der Völker ist.“

Ansprache des Vertreters des Reichskanzlers

In der konstituierenden Sitzung des Komitees, bei welcher Botschafter z. D. Graf Bernstorff den Vorsitz führte, erklärte der Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Puender, der in Vertretung des

Reichskanzlers erschienen war, er sei beauftragt, die besten Wünsche des Reichskanzlers und der Reichsregierung zu überbringen und fügte hinzu, daß die Reichsregierung den Bestrebungen des Komitees Pro-Palästina das lebhafteste Interesse entgegenbringt.

Das Festbankett — Eindrucksvolle Ansprachen von Graf Bernstorff, Minister Becker, Kurt Blumenfeld und Dr. Baeck

Bei dem anläßlich der Gründung des Komitees Pro Palästina veranstalteten Frühstück im Hotel „Der Kaiserhof“ eröffnete den Reigen der Ansprachen der Vorsitzende der Z. V. i. D., Herr Kurt Blumenfeld, woraufhin der Vorsitzende des Pro Palästina Komitees, Graf Bernstorff, eine eindrucksvolle Ansprache hielt, in der er ausführte, er beschäftige sich nicht zum ersten Male mit der Palästina-Frage. Schon 1918, als Deutschland noch Gelegenheit hatte, direkt auf die Gestaltung der Verhältnisse in Palästina im Wege der Türkei einzuwirken, habe er mit den türkischen Staatsmännern im Sinne der Begründung eines Jewish National Home in Palästina verhandelt. Wenn er gegenwärtig als Politiker an diesen Bestrebungen teilnehme, so geschieht das nicht allein darum, weil Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund direkt an dieser Frage, die eine Angelegenheit des Völkerbundes sei, interessiert ist, sondern weil er über das Politische hinaus vom menschlich kulturellen Standpunkt an dieser großen Angelegenheit mitwirken wolle. Graf Bernstorff wurde lebhaft akklamiert.

Rabbiner Dr. Baeck, Großpräsident des Ordens Bnei Brith, führte aus, Graf Bernstorff habe als Staatsmann gesprochen, der sich vom Politiker dadurch unterscheidet, daß er die Dinge im Lichte von Generationen und nicht von Jahren sieht; durch die staatsmännische Betrachtung der Dinge werde eine Atmosphäre geschaffen, in der sich alle freudig in den Dienst des Palästina-Aufbaus stellen können. Ideen wirken kalt, wenn sie nicht vom Leben durchglüht werden. Die Idee des Pro Palästina-Komitees müsse Leben erhalten, da ihre Durchführung ins Menschliche hineinragt.

Den Mittelpunkt der Tischreden bildete die formvollendete und gedankenreiche Ansprache des Herrn Kultusministers Becker, der von dem Subjektivismus in der Geschichtsauffassung ausging und seine Bewunderung für die Bestrebungen zum Ausdruck brachte, die, gestützt auf Jahrtausende alte Traditionen, den Aufbau des Jüdischen Nationalheims bezwecken. An ihn, den Minister, sei man von anderer Seite herantreten, sich von diesen Bestrebungen fernzuhalten. Diesem Wunsche habe er nicht entsprochen, denn er als Deutscher könne in der Tatsache der Anhänglichkeit an die großartige jüdische Vergangenheit und an das Streben für eine jüdische Zukunft keinen Widerspruch zur Staatsgesinnung gegenüber Deutschland erblicken. Insbesondere müsse er, der Minister, an dem Gedanken des Palästina-Aufbaus rühmen, daß an seinem Ende die Idee der Humanitas stehe.

Herr Kurt Blumenfeld betonte in einer Schlußansprache, daß die verantwortlichen Träger der Palästina-Aufbau-Bewegung sich vom Gedanken eines Chauvinismus weit entfernt wissen. Die Juden wollen nach zweitausendjähriger Ohnmacht mit unbeugsamer Entschlossenheit nicht nur ein Experiment versuchen, sondern ein Werk schaffen, das nicht nur zum Wohle der jüdischen Gemeinschaft sein, sondern im Zeichen allgemein menschlichen Fortschritts stehen werde. Mit Wünschen für das gedeihliche Wirken des Deutschen Pro Palästina-Komitees erhob er sein Glas auf das Wohl des Vorsitzenden Grafen Bernstorff.

Außer den Obengenannten waren anwesend und haben zum großen Teil den Anschluß an das Pro Palästina-Komitee vollzogen: der Sächsische Bevollmächtigte zum Reichsrat Ministerialdirektor Dr. Poetzsch, der Rektor der Berliner Universität Prof. Auhagen, Prof. L. Stein, Ministerialdirektor de Haas vom Auswärtigen Amt, der Direktor des Deutschen Keren Hajessod Alfred Berger, der Direktor der Telegraphen-Union Dipl.-Ing. Gesell, der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer, Regierungspräsident Junghan, Graf Podewils, Dr. Sandler, Dr. Oskar Wolffsberg, Ministerialrat Eckardt u. a. m.

Die Bedeutung des Deutschen Pro Palästina-Komitees

Die „Jüdische Rundschau“ widmet dem Ereignis der Gründung eines Deutschen Komitees Pro Palästina einen Leitartikel, in dem u. a. ausgeführt wird:

„Menschen von staatsmännischem Empfinden und weitem Horizont begreifen ohne weiteres, daß eine

Minorität
Patriotisch
dächtig
sondern
kommen
der ger
Gründun
zeigt
schen
ein wa
handen
nen wir
schen I
Wohlf
Zionism
böswill
von gr
Ermunt
geword
der Ra
gierung
Komite
Auswä
in Ers
heit, d
innerh
unter
Grund
gelegt
des Vö
biert v

WI

Be
strebun
tralven
bens s
Rede
am 25
trages
berg u
nung e
hielt.
kratis
die So
Liebki

„Vo
den, d
wegzu
den S
frag
wunde
welch
dieses
Mense
Partei
die E
dieser
welch
volkst

„Di
wird
halbw
denn
quäle
semit
denke
jagde
man
um je
ihm d
richti
rei

„Al
uns g
Gege
sten
Dubo
möge

„D
eintr
empf
als d

„D
bloß
Qual
meh
len,
ande
sten